

FLZ vom Di. 25.08.2020

„Bewegung von unten“

ÖDP: Werke sollen Strom alter Solaranlagen abnehmen

ANSBACH (oh) – Die ÖDP-Fraktion im Ansbacher Stadtrat will mit einem Initiativantrag „die Zukunft alter Solaranlagen sichern“. Dies legt sie in einer Presseerklärung dar. Sie wolle durch lokale Regelungen den Druck auf das Bundeswirtschaftsministerium erhöhen.

Betreiber alter Photovoltaikanlagen sollen den nicht selbst verbrauchten Strom weiter ins örtliche Netz einspeisen dürfen, auch wenn die EEG-Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ausgelaufen ist, findet die Fraktion.

Die Betriebsbedingungen für Anlagen, die ab dem Jahr 2021 aus der EEG-Förderung „fallen, sind weiterhin unklar“. Solarwirtschaft und Umweltverbände befürchteten des-

halb einen Rückschlag für die Energiewende. Die Stadtwerke will man beauftragen, diesen Strom abzunehmen und mit fünf Cent für jede Kilowattstunde zu vergüten.

Minister Altmaier (CDU)
„soll Klarheit schaffen“

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) „soll Klarheit für die Solarbranche schaffen und so eine Regelung bundesweit voranbringen“, fordern die ÖDP-Stadträte. Nach den bisherigen gesetzlichen Regelungen in Deutschland hätten

Anlagenbetreiber nach dem EEG-Förder-Ende keinen Anspruch darauf, dass man ihnen den erzeugten Strom abnehme und vergüte. Einfach einzuspeisen, sei nicht erlaubt.

Die einzigen Möglichkeiten bestünden darin, den erzeugten Strom vollständig selbst zu verbrauchen oder direkt zu vermarkten. „Die Regelungen für die Direktvermarktung sind jedoch insbesondere für kleinere Anlagen unwirtschaftlich und bürokratisch.“ Auf den Eigenverbrauch müssten die Besitzer der Anlagen sogar eine Abgabe zahlen.

Die Folge könnte nach Ansicht der ÖDP-Stadtratsfraktion darstellen, dass man voll funktionsfähige Solarstromanlagen deshalb frühzeitig rückbaue – „und das nur, weil die Politik unnötig behindernde Vorschriften macht und nicht in der Lage ist, eine unbürokratische Anschlussregelung festzulegen“.

Das Ministerium lasse trotz einer Petition, die viele Verbände und Energieunternehmen eingereicht hätten, bislang nicht erkennen, „wie es mit diesem unmittelbar bevorstehenden Problem umzugehen gedenkt“. In Ansbach fingen nun die ÖDP-Räte mit einer „Bewegung von unten“ an. „Auch in den anderen bayerischen Städten mit eigenen Stadtwerken sollen in Kürze ähnliche Initiativen gestartet werden.“